

Glaubensgemeinschaft) gesucht werden — wobei die Beziehungen zu anderen Religionen noch gar nicht angesprochen wären.

Das wird auch deutlich in den Stellungnahmen des gegenwärtigen Papstes. Seine Appelle zu einer Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln Europas sind weithin bekannt. Weniger bekannt sind seine zahlreichen ermutigenden Aufrufe an Muslime und Christen, in einen ernsthaften Dialog zu treten. Kein Papst hat sich bisher so in dieser Sache engagiert wie Johannes Paul II. Über die Grundlinien der Konzilserklärung „Nostra aetate“ hinaus zollt er dabei den Muslimen vor allem Anerkennung für die Bereitschaft, ihren Glauben in Wort und Tat öffentlich wirksam werden zu lassen. Zugleich klagt der Papst jedoch immer wieder das *Grundrecht auf Religionsfreiheit* ein, so zuletzt in der diesjähri-

gen Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps, zu dem auch die Vertreter fast aller Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit zählen.

Wie hätte ein „christliches Europa“ auszusehen, in dem das Recht auf Religionsfreiheit und damit der religiöse Pluralismus seinen festen Platz behielte? Wie ist die Rede von den „Rechten Gottes gegenüber den Menschen“, in der Johannes Paul II. wie schon sein Vorgänger Paul VI. sich mit einer Grundposition des islamischen Rechtsverständnisses trifft, zu vereinbaren mit dem neuzeitlichen Rechtsverständnis, dessen Errungenschaften etwa im Bereich der Menschenrechte oder des Völkerrechts kirchlicherseits ja wohl nicht mehr in Frage gestellt werden? Wie soll eine Identität Europas bestimmt werden im Blick auf seine nichtchristlichen, z. B. jüdischen oder antiken Wurzeln,

oder im Blick auf neuere „Aufpfropfungen“, wie etwa die durch muslimische Immigranten wachsende Präsenz des Islam?

Das alles sind Fragen an die eigene christliche Ortsbestimmung, die durch den Dialog mit dem Islam vielleicht nicht ausgelöst, aber doch verschärft werden. Mindestens ebenso brisanten Fragen sieht sich der Islam gegenüber. Daß trotz der gegenseitigen Verschränkung dieser Prozesse einer neuen Identitätsbestimmung gerade auch auf praktisch-politischer Ebene kaum auf eine synchrone Entwicklung zwischen islamischen und westlichen Gesellschaften, zwischen muslimischen und christlichen Glaubensgemeinschaften zu hoffen ist, mag den Dialog oft anstrengend und enttäuschend machen. Es macht ihn zugleich nur um so notwendiger.

G.S.

## Der „amerikanische Traum“ in der Krise

### Die Vereinigten Staaten im Jahr der Präsidentschaftswahlen

*Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig voller Selbstzweifel: Der Staat sieht sich einer gigantischen Verschuldung gegenüber; mit Japan und Europa sind den USA potente wirtschaftliche Konkurrenten erwachsen; sozialpolitisch weist das Land erhebliche Defizite auf und eine schwer zu kontrollierende Einwanderung von Süden hat damit begonnen, die USA kulturell und ethnisch nachhaltig zu verändern.*

Eine der erstaunlichsten Erscheinungen im Zusammenhang mit dem Ende der Sowjetunion ist die Tatsache, daß ihr militärischer, ideologischer und wirtschaftlicher Gegner Nummer eins, die Vereinigten Staaten von Amerika, daraus keinen nennenswerten Nutzen zu ziehen scheinen. Siegesstimmung kam erst gar nicht übermäßig auf – die nunmehr alleinige Supermacht wurde unerwartet schnell auf den Boden der innenpolitischen Tatsachen zurückgeholt. Und selbst der entschlossene militärische Einsatz der multinationalen Streitkräfte unter der Führung der USA im Auftrag der Vereinten Nationen am Golf samt dem militärischen Sieg über den Irak Saddam Husseins hat insgesamt nur mäßige Siegesfreude ausgelöst: Und zwar nicht nur deshalb, weil es nicht gelang, den Intimfeind Saddam Hussein selbst auszuschalten, sondern vor allem, weil die innenpolitische Lage der Vereinigten Staaten nicht so ist, daß sich ausgelassen feiern ließe.

So sehen denn auch neun Monate vor den kommenden Präsidentschaftswahlen im November, und obwohl Amerika außenpolitisch unangefochtener denn je dasteht, die Aussichten des regierenden Präsidenten *George Bush* auf einen Verbleib im Weißen Haus für weitere vier Jahre nicht übermäßig rosig aus. Was mit den Siegen in Osteuropa und dem Nahen Osten im Rücken zunächst geradezu ein *Spaziergang* zu werden versprach, erfordert inzwischen alle Kräfte der Präsidiälmacht und der republikanischen Wahlhelfer.

### Mehr Abrüstung schafft mehr Arbeitslosigkeit

Einer Umfrage von CBS-Fernsehen und der „New York Times“ von Mitte Januar zufolge erklärten 49 Prozent der Befragten, daß sie im Herbst den demokratischen Kandidaten – wer immer dies sein werde – wählen würden und nur 42 Prozent den amtierenden Präsidenten (*Le Monde*, 22. 1. 92). Daß Bushs Aussichten nicht noch schlechter aussehen, hat auch damit zu tun, daß sich ein wirklich ernstzunehmender Herausforderer der *Demokratischen Partei* bisher nicht aufdrängt.

Im beginnenden Wahljahr schreibt sich auf diese Weise fort, was die gesamte Präsidentschaft von Bush bereits begleitete: Die Wochenzeitung „Time“ ruft alljährlich je-

manden zum „Mann des Jahres“ aus, der – „for better or for worse“ – die Geschehnisse eines Jahres wesentlich bestimmt hat. Als sie George Bush zu Beginn des letzten Jahres mit diesem Titel bedachte, sprach sie von den „zwei Bushs“, den *beiden Gesichtern des amerikanischen Präsidenten*: Bush habe sowohl im Positiven wie im Negativen das vorausgegangene Jahr beeinflusst: „Eines war das Profil des Außenpolitikers voll von Resolutheit und Selbstbeherrschung, das andere das Gesicht aus inländischer Perspektive – geprägt von Unsicherheit und Verwirrung“ (Time, 7. 1. 91).

Diese Doppelgesichtigkeit kennzeichnet auch zu Beginn des Wahljahres den mächtigsten Mann der Welt. Die traditionelle „State of the Union“-Ansprache vom 28. Januar war ein einziger Versuch Bushs, den Ruf, den er sich auf außenpolitischem Gebiet erworben hat, nun auch für die schwierige Lage der Nation auf innen- bzw. sozialpolitischem Gebiet zu nutzen. Das Ergebnis dieser mit hohen Erwartungen befrachteten Ansprache wurde von seinen Landsleuten jedoch weithin als *nicht überzeugend* empfunden. „Bush steht vor einer politisch mißlichen Lage: Seine außenpolitischen Triumphe erscheinen wie längst vergangene Geschichte, und die Wähler fragen ihn: ‚Was kannst du für uns tun?‘ Die Antwort bleibt mager: Die Bundesregierung schwankt unter dem schwersten Defizit in Nicht-Kriegs-Zeiten und kann die Nation aus der Rezession nicht herauskaufen. Der Kandidat Bush kann nur versuchen, die Nation davon zu überzeugen, daß es dabei nicht bleiben wird“ (Newsweek, 10. 2. 92).

George Bush mag „aufgewacht“ sein (Süddeutsche Zeitung, 30. 1. 92) – vor allem aber, weil er und seine Berater realisiert haben, wie wenig gesichert die von ihm angestrebten vier weiteren Jahre als oberster Lenker seines Landes sind. Die Wirtschaft lasse sich, darauf wies der ehemalige Reagan-Berater *John Sears* hin, nicht wie eine militärische Expedition handhaben (in: International Herald Tribune, 28. 1. 92). Der Versuch, den Kongreß zeitlich unter Druck zu setzen, indem Bush bis zum 20. März, dem eigentlichen Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes, von ihm die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzesvorhaben verlangte, wurde weithin als *kurzatmiges Manöver* durchschaut – über die Versäumnisse der letzten vier Jahre konnte er damit nicht hinwegtäuschen. Und auch hier wieder die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik: Die Verringerung der Militärausgaben, mit entsprechenden Ankündigungen Präsident Jelzins koordiniert, verfehlte ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit zwar durchaus nicht – vorerst ist ein solcher Schritt für die US-Bevölkerung jedoch in erster Linie gleichbedeutend mit der Ankündigung, daß die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen wird. Entsprechende Äußerungen betroffener Rüstungskonzerne von Kapazitäts- und damit Personalabbau folgten denn auch umgehend.

John Sears kritisierte im Kern, daß man die Rede eines *Präsidenten* erhofft und die eines *Wahlkämpfers* gehört habe. Er erwähnte eine Reihe von Themen, zu denen man gerne etwas vom Präsidenten gehört hätte, wozu George

Bush sich jedoch nicht äußerte: – *Erziehungswesen*: Ein niedriges Niveau im Erziehungsbereich sei eine schwere Belastung für die Wirtschaft; – das krisengeschüttelte *Bankwesen*: So niedrig die Zinsen auch immer würden, zu wirtschaftlicher Erholung komme es nur, wenn man Kredite erhalte; – *Rüstungsindustrie*: Was solle mit dem Teil der Wirtschaft geschehen, der bisher auf dem Gebiet der Waffenherstellung arbeitete, oder solle, so seine Frage, Amerika seine Atomwaffenspezialisten eines Tages an Libyen verlieren?

Die Kritik an der State of the Union-Ansprache von Bush wäre jedoch weniger harsch ausgefallen, wenn die innenpolitische und wirtschaftliche Lage des Landes ungefährdeter wäre, als es gegenwärtig tatsächlich der Fall ist. Man ist in den USA *ungeduldiger, nervöser* geworden. Mit bloßen Wahlkampfreden will man sich nicht mehr abspesen lassen. In der Reserviertheit, der George Bush wenige Monate vor dem Versuch, wiedergewählt zu werden, begegnet, bündelt sich eine ganze Reihe von unbewältigten Einzelthemen, die Amerika sich mit sich selbst beschäftigen lassen. Die USA erleben gegenwärtig einen Einbruch in dem, was sonst gerne als untrügliches Markenzeichen der Amerikaner galt: ihr grenzenloser *Optimismus*.

## Die Mittelschichten als die Verlierer der 80er Jahre

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Krisenlage des Landes stehen die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* zahlreicher US-Bürger im einzelnen wie auch staatlicher Gebietskörperschaften und Gemeinschaftseinrichtungen. Die *Arbeitslosigkeit* liegt in den USA zwar immer noch deutlich unter derjenigen von vor zehn Jahren: 1982 und 1983 waren noch knapp 10 Prozent ohne Arbeit, 1990 im Durchschnitt 5,5 Prozent, im November letzten Jahres 6,7 Prozent (vgl. Newsweek, 13. 1. 92). Aber diese Zahlen sagen über die wirkliche Lage wenig aus. Unberücksichtigt bleiben dabei diejenigen, die es nach langen Versuchen aufgegeben haben, nach Arbeit zu suchen bzw. die sich unterdessen mit Halbtags- oder Teilzeitarbeiten zufriedengeben, nachdem sie lange vergeblich nach einer Ganztätigkeit gesucht hatten. Befristete und vorübergehende Arbeitsverhältnisse drücken darüber hinaus die offiziellen Statistiken: Schätzungen sprechen immerhin davon, daß im vergangenen Jahr 25 Millionen Amerikaner – immerhin 20 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung – zeitweise ohne Arbeit waren.

Als Folge einer konsequenten *Deregulierungspolitik* der Reagan-Ära ging die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander, als es ohnehin schon für die USA typisch ist. Im Zeitraum von 1977 bis 1987 nahm das Durchschnittseinkommen der oberen zehn Prozent auf der Einkommenskala um 24 Prozent zu, bei denen, die dem obersten einen Prozent angehören sogar um 74,2 Prozent. Hingegen sank das Einkommen der Familien, die zu den ärmsten zehn Prozent zählen, von 1977 bis 1988 um zehn Prozent (in inflationsbereinigten Zahlen gerechnet) ab. Unter der Armutsgrenze – definiert als

5800 Dollar Einkommen pro Jahr für eine Einzelperson und 11 611 Dollar für eine vierköpfige Familie – leben gegenwärtig rund 32,5 Millionen US-Amerikaner – 1973 hatte diese Zahl bereits einmal sehr viel niedriger, nämlich bei 23 Millionen gelegen, gegenüber 40 Millionen im Jahre 1960 (vgl. *Kevin Phillips*, *The Politics of Rich and Poor*, New York 1990, zit. nach: *John A. Grindel*, *Whister the U. S. Church*, Maryknoll 1991, 51 ff.).

Die *Kluft zwischen Arm und Reich* in den USA gehört zu den tiefsten in der westlichen Welt. Die obersten zehn Prozent aller US-Haushalte vereinigen 68 Prozent allen Besitzes auf sich, die obersten ein Prozent allein 26,9 Prozent. Differenziert man nach Alter und ethnischer Zugehörigkeit zwischen den Armen, ergibt sich eine überaus ungleiche Verteilung: Knapp 23 Prozent derjenigen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze auskommen müssen, waren 1987 nicht älter als sechs Jahre, weitere 19 Prozent zwischen sechs und 17 Jahren. Von der schwarzen Bevölkerung – die zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht – fielen Ende der 80er Jahre rund 30 Prozent unter die Armutsgrenze – bei den Weißen lediglich elf Prozent (vgl. *L'État des Etats-Unis*, Paris 1990, 268 ff.).

Wenn knapp 6000 bzw. 12 000 Dollar Ende der 80er Jahre in den Vereinigten Staaten bereits die *Armutsgrenze* markieren, dann hat dies auch damit zu tun, daß die USA viele Zuwendungen im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge nicht kennen, für die in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft Arme nicht eigens aufzukommen brauchen. Womit sich in Europa vergleichsweise gut leben ließe, kann unter amerikanischen Verhältnissen bereits Armut bedeuten. Dieses Phänomen wirkt sich in den USA verstärkt auch in jenen Schichten der Bevölkerung aus, die der offiziellen Statistik nach nicht zu den Armen zählen. Die *Mittelschichten* gehören zu den ausgesprochenen Verlierern der 80er Jahre. Die *mangelhafte infrastrukturelle Ausstattung* des Landes zwingt gerade diese Schichten zu finanziellen Ausgaben, die mitunter schnell den Ruin ganzer Familien bedeuten können. Was an öffentlichen Gemeinschaftsleistungen nicht besteht oder abgebaut wird, wird z. T. von Minderheiten, die es sich finanziell leisten können, privat ersetzt, was sich faktisch weiter benachteiligend auf diejenigen auswirkt, die davon ausgeschlossen bleiben.

Weltweit gehört etwa das amerikanische *Gesundheitswesen* zu den erfolgreichsten und am weitesten fortgeschrittenen. Da jedoch keine Versicherungspflicht besteht und die Versicherungsbeiträge in dem strikt privat organisierten Krankenversicherungswesen für viele unbezahlbar sind, bleiben große Teile der US-Bevölkerung ohne Krankenversicherungsschutz. Ähnlich ist die Lage auf dem Gebiet der *inneren Sicherheit*: Schon heute soll es in den Vereinigten Staaten mehr privat angestellte polizeiähnliche Kräfte geben als staatliche Polizisten.

Für die Vereinigten Staaten verbirgt sich hinter dieser schwierigen sozialpolitischen Situation des Landes jedoch mehr als das Problem von Versäumnissen der einen oder

anderen Regierung. Während in manchen europäischen Ländern Sozialstaatlichkeit an ihre oberste Leistungsgrenze gekommen zu sein scheint, stellt sich in den USA das umgekehrte Problem: bis heute besteht *kein Konsens darüber, was eigentlich zu einer minimalen sozialstaatlichen Absicherung des einzelnen* gehören sollte. Die Zurückhaltung gegenüber einem vermeintlichen Zuviel an sozialstaatlicher Absicherung des einzelnen reicht bis tief in das stark auf die Fähigkeiten und die Verantwortung des Individuums bezogene amerikanische Selbstverständnis hinein. Kritik an der staatlichen Führung ist dementsprechend zurückhaltend zu bewerten: „Der politische Wille, das ‚öffentliche Interesse‘ . . . so gering wie möglich zu halten, kommt aus dem Volk und ist ihm keinesfalls oktroyiert“ (*Rolf Winter*, *Gottes eigenes Land? Werte, Ziele und Realitäten der Vereinigten Staaten von Amerika*, Hamburg 1991, S. 84).

## Unsicherheiten in bezug auf die welt-politische Rolle

Das Ziel der US-Sozialpolitik in den 80er Jahren bestand im Wesentlichen darin, die bundesstaatlichen Wohlfahrtsmaßnahmen auf die wirklich Bedürftigen zu reduzieren sowie die sozialstaatlichen Zuständigkeiten auf die lokalen Gebietskörperschaften zu verlagern. Wenn die 80er Jahre sozialpolitisch einen Einschnitt darstellen, dann jedoch weniger, weil sie grundlegende Veränderungen in den Leistungen gebracht hätten, als vielmehr im Sinne einer „weiterhin noch offenen Grundsatzdiskussion“ (*Axel Murswieck*, *Soziale Sicherung in den USA. Perspektiven der Sozialpolitik*, in: *Hartmut Wasser* Hg. *USA: Wirtschaft – Gesellschaft – Politik*, Opladen 1991, 159 ff.). Das dominierende *neokonservative* Glaubensbekenntnis der US-Amerikaner lautet: nur ja nicht die Eigeninitiative der Betroffenen lähmen; am besten ohne Hilfen von außen zurechtkommen; der Staat hat erst aktiv zu werden, wenn der Markt sich unfähig erweist; das Versicherungssystem soll weitestgehend eigenverantwortlich arbeiten (vgl. *Wolfgang H. Lorig*, *Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Opladen 1988, S. 55).

Geradezu Anlaß zu *Niedergangsängsten* finden Amerikaner, wenn sie sich bewußt werden, daß das eigene Land innerhalb der Weltwirtschaft deutlich an Gewicht eingebüßt hat. Im Vergleich zum pazifischen Wirtschaftskonkurrenten Japan verloren die USA über Jahre hinweg fortgesetzt an *Gewicht innerhalb der Weltwirtschaft*. Während Amerikaner vielfach immer noch im Glauben leben, zwischen dem *alten Kontinent Europa* und dem *neuen Kontinent Amerika* klaffe weiterhin ein ansehnlicher Wohlstandsgraben, spricht inzwischen manches dafür, daß der alte Kontinent heute Amerika und der neue Europa bzw. Japan ist. Vor dem Hintergrund der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, aber erst recht angesichts des bevorstehenden europäischen Binnenmarktes fürchten die USA, nicht nur hinter Japan auf den zweiten, sondern eines nicht allzu fernen Tages sogar auf den drit-

ten Platz zurückzufallen. Ironie des Schicksals, daß George Bush ausgerechnet bei seinem jüngsten Japan-Besuch einen Schwächeanfall erlitt . . .

Dabei handelt es sich eben um mehr als bloße Stimmungen. Aus dem größten Geldgeber für die Weltwirtschaft ist inzwischen der größte Schuldner geworden: Das *Haushaltsdefizit* der USA soll in diesem Jahr 362 Milliarden Dollar betragen. Allein an Zinsen zahlt das Land jährlich rund 200 Milliarden Dollar. Amerikanische Firmen investierten im vergangenen Jahr gerade neun Prozent des Bruttosozialproduktes – gegenüber 20 Prozent der japanischen Konkurrenz. Für Infrastrukturmaßnahmen – eine traditionelle Schwachstelle der amerikanischen Gesellschaft – investierte der US-Staat lediglich 1,5 Prozent, Japan fünf Prozent.

In dieser Hinsicht steht Präsident Bush vor einer Hypothek, die ihm sein Vorgänger aufgeladen hat: die *Verringerung der Steuerlastquote* durch Reagan bewirkte kaum das, was an wirtschaftlicher Belebung von ihr erhofft worden war, riß aber wegen der zugleich steigenden Ausgaben für die Rüstung tiefe Löcher in die Staatskasse, die sich nun in kurzer Zeit gar nicht wieder beheben lassen. Für die USA bedeutet dies eingeschränkte weltpolitische Einflußmöglichkeiten auf Grund der begrenzten finanzpolitischen Spielräume. Die allgemeine Unsicherheit über die zukünftige weltpolitische Rolle der USA wird damit weiter zunehmen (vgl. *Barbara A. Fliess*, Zur Wirtschaftssituation der USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49/90, 30. 11. 90, S. 26).

## Ein Einwandererland wird nicht mit seinen Einwanderern fertig

Kaum etwas zehrt gegenwärtig am amerikanischen Selbstbewußtsein ähnlich stark wie die *Verkaufserfolge japanischer und europäischer Konzerne in den USA*. Die fortgesetzten Plädoyers amerikanischer Politiker gegenüber der Europäischen Gemeinschaft gegen jede Form von Protektionismus ist das eine – das Verhalten Amerikas gegenüber Japan etwas gänzlich anderes. Als Reaktion auf Selbstzweifel und Niedergangsszenarien der amerikanischen Wirtschaft leben sich inzwischen sogar *antijapanische Ressentiments* in Form von Vandalismus an japanischen Autos und Einrichtungen aus. Die Devise „buy American“ soll das Kaufverhalten amerikanischer Konsumenten nach Gesichtspunkten *nationaler Solidarität* ausrichten. Die städtischen Behörden von Los Angeles stornierten einen Vertrag mit japanischen Unternehmen über den Bau von Metrowaggons – ein Vertragsvolumen von knapp 122 Millionen Dollar.

In engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß sich der „american dream“ sozialpolitisch und wirtschaftlich keineswegs so traumhaft ausnimmt, wie sich dies die Amerikaner wünschen, stehen darüber hinaus grundlegende *Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der US-Bevölkerung*. Innerhalb relativ weniger Jahre sind die USA in dieser Hinsicht nicht mehr das, was sie lange

waren. Im kollektiven Selbstverständnis der Amerikaner spielt die Tatsache zwar eine herausragende Rolle, daß man „Einwandererland“ ist und sein will – die Einwanderer, die jetzt kommen, sind aber nicht mehr dieselben wie diejenigen des 19. oder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus dem „melting pot“ – wenn es ihn denn wirklich gegeben hat, was zuweilen bestritten wird – vor allem europäischer Einwanderer ist inzwischen ein Land geworden, in dem sich gewissermaßen im Kleinen alle inneren Spannungsfelder der Erde widerspiegeln.

Ein Vergleich der Herkunftsländer der Einwanderer von 1955 bis 1964 einerseits und 1988 andererseits zeigt die *dramatischen Umschichtungen*, die hier stattgefunden haben: Im erstgenannten Zeitraum stammten gut 50 Prozent der Einwanderer aus Europa und 26 Prozent aus anderen Teilen Nordamerikas (darunter auch Mexiko), während Lateinamerika und der Pazifische Raum nur mit knapp 15 bzw. acht Prozent vertreten waren. Inzwischen ist es genau umgekehrt: Den größten Anteil, knapp 42 Prozent bzw. 29 Prozent stellen die Einwanderer aus dem Pazifischen Raum sowie Lateinamerika, während Europa und Nordamerika nur mehr mit zehn bzw. 17 Prozent beteiligt sind (L'Etat des Etats-Unis, S. 96).

Auf den amerikanischen Geldstücken liest man bis heute „E pluribus unum“ – aber daß dies möglich sein soll, davon ist man in den USA heute weniger denn je überzeugt. 248,7 Millionen Bürger zählen die Vereinigten Staaten nach der Volkszählung von 1990 – 30 Millionen oder zwölf Prozent sind davon Schwarze, 22,4 Millionen (bzw. neun Prozent) lateinamerikanischer und 7,3 Millionen (bzw. drei Prozent) asiatischer Herkunft (vgl. *Der Spiegel*, 3. 2. 92, S. 127). Die illegalen Einwanderer sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Vorstellung, die Vereinigten Staaten könnten eines Tages ebenso sprachlich geteilt sein, wie es Kanada traditionell schon ist, wirkt auf zahlreiche US-Amerikaner bereits wie eine Horrorvision. *Multiethnisch* soll es zugehen können in den USA, aber bitte nicht *multikulturell*, meinen sie. In Selbsthilfe gehen US-Bürger bereits gegen die illegale Zuwanderung von Hispanics (vgl. *HK*, Juni 1984, 259 ff.) über die mexikanisch-amerikanische Grenze vor – etwa indem sie die Grenze nachts mit den Scheinwerfern ihrer Personenwagen beleuchten. Das gerade auch aus Kirchenkreisen geförderte „sanctuary-movement“ (vgl. *HK*, Mai 1986, 216 ff.) zur Unterstützung von illegal Eingewanderten kann in der breiten US-Bevölkerung auf wenig Gegenliebe setzen. In Los Angeles leben bereits mehr Mexikaner als in jeder mexikanischen Stadt – ausgenommen Mexiko City – und ebenso viele Salvadorianer wie in San Salvador. In Kalifornien erreichen die Hispanics inzwischen einen Bevölkerungsanteil von 21 Prozent – bis zum Jahre 2030 soll sich dieser Schätzung zufolge auf 40 Prozent erhöhen (Le Monde diplomatique, Februar 1991, S. 21).

Diese Veränderungen innerhalb der USA zeitigen Folgen, die ihrerseits den dramatischen Wandel veranschaulichen, etwa den *Sprachenstreit*. Eine gesetzliche Festlegung des

Englischen als Amtssprache des Landes kannten die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit nicht. Die Zahl der Bundesstaaten, in denen Englisch zur amtlichen Sprache erklärt wurde, ist inzwischen jedoch auf mindestens 17 gestiegen (Stand Anfang 1989; vgl. Newsweek, 20. 2. 89). In zahlreichen weiteren Bundesstaaten bestehen entsprechende Überlegungen. Bürgerinitiativen bilden sich, deren Ziel es ist, Englisch zur einzigen offiziellen Sprache zu erklären. Ressentiments kommen hoch gegenüber denjenigen, die kein Englisch sprechen.

## Das Ende der „dead white european men“

Die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der US-Bevölkerung ist andererseits nur ein Beispiel für eine weit darüber hinausreichende innere Pluralisierung des Landes bis hin zum *Verlust des Konsens*, der trotz aller traditionellen Vielfalt dieses Landes die USA immer doch auch zusammenhielt. Nicht nur die eingewanderten Minderheiten stellen diesen traditionellen Konsens zunehmend in Frage. In der Parole ihrer lautstarken Befürworter erleben die Vereinigten Staaten gegenwärtig das Ende der Kultur der „dead white european men“. Nicht nur der gewachsene quantitative Anteil, sondern vor allem das gewachsene Selbstbewußtsein von US-Amerikanern nicht-europäischer Herkunft führt zu einer nachhaltigen Infragestellung der traditionell *weiß* und *angelsächsisch*, mit anderen Worten: westlich geprägten Kultur in den USA. Schwarze, Hispanics, Nachfahren der indianischen Urbevölkerung wehren sich gegen die selbstverständliche Dominanz einer vom alten Kontinent Europa vorgeprägten Kultur. Feministinnen und Homosexuelle setzen sich unerbittlich für die Zurückdrängung eines männlich beherrschten bzw. ausschließlich heterosexuell geprägten „common sense“ ein. Und das Phänomen setzt sich fort bis in die trivialsten Partikularinteressen.

Im Ergebnis führt dies momentan gerade an den Universitäten und Colleges zu einem geistigen Klima, in dem es *immer weniger unzweifelhaft anerkannte Vorbilder, Verhaltensweisen, Einstellungen und allseits kanonisierte kulturelle Inhalte* gibt, auf die man sich ausgesprochen oder unausgesprochen beziehen könnte und die als solche allgemein akzeptiert wären. Auf die Spitze getrieben wird die tiefgreifende Verunsicherung durch eine Bewegung, die unter dem Label des „politically correct“ (PC) firmiert. Entstanden an den Universitäten, geht es dieser Denkrichtung in erster Linie darum, mit Hilfe und im Rahmen von Sprache, Anliegen bestimmter Minderheiten bzw. Minderheitsmeinungen zum Durchbruch zu verhelfen. Eine bestimmte Terminologie soll überwunden, eine neue angenommen werden, um so zu dokumentieren, daß man die Berechtigung dieser Anliegen anerkennt: Nicht von „Behinderten“ soll gesprochen werden, sondern von „different abled persons“, nicht von „Schwarzen“, sondern von „Farbigen“ bzw. „Afro-Amerikanern“, nicht von „Indianern“, sondern von „native Americans“. Jederzeit läuft man Gefahr, des Rassismus oder

Sexismus geziehen bzw. des „falschen Denkens“ überführt zu werden.

Gegner des „PC“ vergleichen das allgemeine Klima in den USA bereits mit der extrem intoleranten *McCarthy-Ära* in den 50er Jahren auf dem Höhepunkt des *Kalten Krieges* – was damals die Ausgrenzung als „Kommunist“ war, ist heute die als „Rassist“ oder „Sexist“. Die außerordentliche Dynamik, die die – landesweit live übertragenen – Anhörungen zur Bestellung als Mitglied des Obersten Gerichtshofes des farbigen Juristen *Clarence Thomas* im letzten Herbst bekamen, erklären sich z. T. aus dieser aufgeputschten und zutiefst verunsicherten Stimmung.

Die nachhaltigsten Folgen hat dieses Klima im *Erziehungswesen*, das in den 80er Jahren ohnehin im Mittelpunkt vielfältiger Kritik stand. Nachdem man sich in Europa lange Zeit das US-Bildungswesen zum Vorbild nahm, hat sich die Lage inzwischen geradezu umgekehrt. Bereits 1983 schlug die „National Commission of Excellence in Education“ Alarm mit ihrem Bericht „A Nation at Risk“, in dem sie die „steigende Flut an Mittelmäßigkeit“ beklagte, die die Zukunft von Nation und Volk bedrohe. Kaum etwas hat die einschlägige Diskussion der letzten Jahre so sehr bestimmt wie der Bestseller von *Allan Bloom*, *The Closing of the American Mind: How higher education has failed democracy and impoverished the souls of today's students* (New York 1987). Selbst wenn die Kritik dem darin enthaltenen Ruf nach Besinnung auf *klassische Bildungsideale* und den aufgezeigten *Katastrophenszenarien* nicht in allem zu folgen bereit war, so war dennoch die Verunsicherung, die Teile der USA erfaßt hat, nicht zu übersehen.

## Zivilreligion unter multireligiösen Verhältnissen

Betroffen von der allgemeinen Verunsicherung in bezug auf die Konsensfähigkeit zentraler Bestandteile amerikanischer Kultur ist im übrigen auch jene für die Vereinigten Staaten typische *zivilreligiöse* Überhöhung des staatlichen Gemeinwesens. Sosehr die amerikanische Zivilreligion sich von konkreten Kirchen und Bekenntnissen unabhängig verhält, so ist sie dennoch stark geprägt von der jüdisch-christlichen Glaubenstradition. In dem Maße, wie das Christentum in einer sich religiös pluralisierenden Kultur zunehmend als nur mehr eine unter mehreren religiösen Traditionen empfunden wird, hat dies auch Folgen für die Zivilreligion. Hinweise für diese Entwicklung sind es etwa, wenn Muslime – wie erst kürzlich geschehen – eine *stärkere Präsenz muslimischer religiöser Symbole in der amerikanischen Öffentlichkeit* fordern, etwa im Zusammenhang mit Weihnachten bzw. Chanukka. Anfang dieses Jahres sprach auch zum erstenmal ein muslimischer Geistlicher das Eröffnungsgebet bei einer Sitzung des US-Senats. Die Möglichkeit dazu war lange von amerikanischen Muslimen als Zeichen der *Gleichberechtigung* gefordert worden.

Unter den christlichen Konfessionen und Kirchen ist besonders die *katholische Kirche* der USA von den gegenwärtigen Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der US-Bevölkerung betroffen. Die hispanischen Zuwanderer sind gerade in den Teilen des Landes stark, in denen der Katholizismus traditionell schwächer vertreten ist, im Süden und Westen. Der amerikanische Katholizismus hielt sich in den letzten 25, 30 Jahren einiges darauf zugute, in die *amerikanischen Mittelschichten* aufgestiegen zu sein. Ein beträchtlicher Teil des Selbstbewußtseins amerikanischer Katholiken innerhalb der Weltkirche und gerade auch gegenüber Rom rührt aus der Tatsache, sich in protestantisch geprägter Umgebung nicht nur behauptet zu haben, sondern inzwischen auch in den Eliten präsent zu sein und akzeptiert zu werden. Die nun aus Lateinamerika eingewanderten Katholiken unterscheiden sich von dieser aus ehemals europäischen Einwanderern bestehenden, sich betont amerikanisch gebenden *Mittelschichtskirche*. Gegenseitige Entfremdungen und Spannungen sind programmiert und werden der US-Kirche zunehmend bewußt.

## Ein Wahlkampf im Zeichen konservativer Nostalgie

Innenpolitische Themen und Perspektiven bestimmen denn auch den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen im November. Trotz der vergleichsweise guten Aussichten für die Demokraten ist die Lage hier noch am unübersichtlichsten. Wer unter den fünf Demokraten, die Ambitionen auf das Weiße Haus angemeldet haben, sich durchsetzen wird, ist bisher noch nicht erkennbar, auch wenn den Gouverneuren von Arkansas und Massachusetts, *Bill Clinton* und *Paul Tsongas*, die größten Chancen eingeräumt werden. Bei der ersten Vorwahl in New Hampshire entfielen auf Tsongas 34 und auf Clinton 26 Prozent der demokratischen Stimmen. Dies würde sich nur schlagartig ändern, sollte sich trotz anderslautender Ankündigungen der populäre

Gouverneur von New York und liberaler Katholik, *Mario Cuomo*, noch zur Kandidatur entschließen.

Am kennzeichnendsten für die allgemeine Stimmung der USA ist jedoch die Lage bei den Republikanern. Der gewichtigste Gegner erwächst dem amtierenden Präsidenten bezeichnenderweise aus seinem eigenen Lager: *Patrick J. Buchanan* ist zwar Neuling bei Wahlen, als Redenschreiber und Berater früherer Präsidenten sowie Kommentator jedoch im politischen Geschäft zu Hause. Auch wenn die Aussichten Buchanans insgesamt als gering eingeschätzt werden, seine Kampagne ist dennoch ernst zu nehmen, weil auf diese Weise Bush aus dem eigenen Lager Themen aufgezwungen werden, die ohne ihn weniger Resonanz finden würden. Buchanan, ein Katholik, vertritt jenen Teil der republikanischen Wählerschaft, die sich bereits enttäuscht zeigten über die von Ronald Reagan zwar angekündigte, aber aus ihrer Sicht *ausgebliebene konservative Wende*. In den Wahlkampfparolen des Vereinfachers Buchanan hat es den Anschein, als reiche es zur Wirklichkeitsbewältigung im wesentlichen aus, die *alten Tugenden und Verhältnisse Amerikas* zu beschwören. Bei der Vorwahl in New Hampshire übertraf er mit 37 Prozent der republikanischen Stimmen gegenüber 53 Prozent für Bush alle Erwartungen.

Weit über die USA hinaus wird es von Bedeutung sein, daß sich im kommenden November niemand für vier Jahre im Weißen Haus einrichtet, der in für die Vereinigten Staaten schwierigen Zeiten nach außen *protektionistischen* und *isolationistischen* Versuchungen nachgibt. Und der nicht auf populistisch einfache Antworten setzt, wenn es um die innere Identität des Landes geht. Ihre Rolle als Architekt und Garant einer „Neuen Weltordnung“ werden die USA nur übernehmen können, wenn sie nach innen hin gefestigt dastehen. Diese Festigung wird das Land jedoch nicht einfach aus sich alleine heraus erreichen, sondern nur im Verbund mit den immer ebenbürtiger auftretenden Industrienationen Japan und Europas.

Klaus Nientiedt

## „Armut hat meist ein ganzes Bündel an Ursachen“

Ein Gespräch mit Professor Richard Hauser über Armut in der Bundesrepublik

Seit vor etwa fünfzehn Jahren das Stichwort von der „neuen Armut“ in der reichen Bundesrepublik auftauchte, machen immer wieder alarmierende Zahlen und Beobachtungen zum Armutsphänomen die Runde. Es gibt in der Bundesrepublik Menschen, die in relativer Armut leben. Wie aber entsteht Armut? Welche Gruppen sind besonders davon betroffen? Wie kann politisch der weiteren Verbreitung von Armut gegengesteuert werden? Darüber sprachen wir mit Professor Richard Hauser, der an

der Universität Frankfurt Sozialpolitik lehrt und mit zahlreichen Veröffentlichungen zum Armutsproblem hervorgetreten ist (mitbeteiligt am Gespräch war sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Werner Hübinger). Die Fragen stellten Alexander Foitzik und Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Hauser, beim Thema Armut in der Bundesrepublik gehen die Einschätzungen weit auseinander. Die einen sprechen von massiven Verarmungsprozessen.